

ROLF REVENTLOW

Italien in den sechziger Jahren

Im Ausland, aber auch in Italien selbst hat das Ergebnis der Wahlen von Parlament und Senat der italienischen Republik überrascht und da wie dort Bestürzung hervorge-rufen. In erster Linie ist dies der Tatsache zu verdanken, daß die italienische Kommuni-stische Partei 2,6 vH neue Stimmen und damit, auf Grund des Wahlmodus, 26 neue Mandate in der Abgeordneten-kammer gewann. In einem demokratischen Staat der freien Welt wählten also, so sagt man, ein Viertel der Wahlberechtigten die Vertreter des östlichen Totalitarismus. Und man zerbricht sich den Kopf, wie das eigentlich möglich sei, wo man die psychologisch-politischen Ursachen suchen müsse.

Gleichzeitig wurde etwas voreilig kommentiert, die Politik der sogenannten *Linken Mitte*, die durch die Regierung *Fanfani* in der vorhergehenden Wahlperiode eingeleitet

ITALIEN IN DEN SECHZIGER JAHREN

wurde, sei in diesen Wahlen nicht bestätigt worden. In Wahrheit sind die Ergebnisse der Wahlen vom 28. April 1963 gar keine Überraschung für denjenigen, der sich bemüht, die schwierige Umschaltung der italienischen Politik aus der Epoche der christdemokratischen Vorherrschaft, die nicht immer von restaurativen Belastungen aus neofaschistisch-konservativ-monarchistischen Bereichen frei war, auf eine neue Linie der Einbeziehung der nichtkommunistischen Linken zu verstehen. Vorab muß für den deutschen Beobachter dieser Entwicklung vermerkt werden, daß die Entwicklung der italienischen Parteien durch keine Prozentklausel behindert wird. Dies ist aber für das Verständnis der Lage nicht so wesentlich, wie die Tatsache, daß die politischen Gruppierungen in Italien nicht die Tendenz zur Konzentration auf wenige, leicht unterscheidbare politische Parteien zeigen wie in der Bundesrepublik.

Und für den Gewerkschafter muß hinzugefügt werden, daß die Umschaltung von der totalitären Zwangsorganisation von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (bei diesen allerdings liberal gehandhabt) der faschistischen Zeit auf demokratische, freiwillige und selbständige Gewerkschaften zur Dreiteilung der gewerkschaftlichen Organisation geführt hat. Die ehemaligen christlichen und einige sozialdemokratische Gewerkschafter der vorfaschistischen Zeit brachen bald nach Kriegsende aus dem Verband der CGIL aus, als sie merkten, daß die kommunistischen Kaderleute so ziemlich alle leitenden Funktionen an sich gerissen hatten. Damit waren jedoch die Auseinandersetzungen noch nicht beendet. Obwohl die derart geschaffene Gewerkschaftszentrale CISL seit dem Gründungskongreß in London dem IBFG angehört, gab der starke Einfluß konfessioneller Organisationen später Anlaß zur Gründung einer dritten, auch dem IBFG zugehörigen Zentrale, der UIL, deren Generalsekretär *Italo Viglianesi* nunmehr in den Senat gewählt wurde. Alle drei Verbände stehen unter ausgesprochen politischen Vorzeichen, was den gewerkschaftlichen Aufgaben keineswegs dienlich ist, aber als Tatsache auch bei diesen Wahlen eine gewisse Rolle spielte.

Wenn man das Wahlergebnis nach den aktuellen politischen Werten und nicht einfach — was in Italien irreführt — nach den Parteianamen analysiert, so ergibt sich folgendes Bild:

Wahl	1963	1958
<hr/>		
Gruppierung „Linke Mitte“		
Christdemokraten	260	273
Republikanische Partei	6	6
Sozialdemokratische Partei	33	22
	<hr/>	<hr/>
	299	301
unterstützt durch die		
Sozialistische Partei (Nenni)	87	84
	<hr/>	<hr/>
Linke Mitte	386	385
	<hr/>	<hr/>

Mithin hat die Linke Mitte im Parlament zwei Mandate verloren, im Senat hat sie hingegen 28 Sitze gewonnen. Das Parlament zählt 630 Abgeordnete. Die Mehrheit der Linken Mitte beträgt mithin im Parlament 71, im Senat 33 Mandate. Von einer politischen Niederlage kann also nicht die Rede sein.

Die Problematik der neuen politischen Konstellation ist allerdings wesentlich komplizierter, als diese Zahlen es darstellen. Sie erklärt wohl auch den — an sich sehr bescheidenen — Vormarsch der Kommunistischen Partei, die unter der Führung des wendigen *Palmiro Togliatti* die größte kommunistische Organisation im demokratischen Bereich diesseits des Eisernen Vorhanges und der Berliner Mauer ist.

Das vielfältige Bild der *italienischen Politik nach Mussolini* sah auf der Linken zuerst eine starke sozialistische und eine ungefähr ebenso starke kommunistische Partei. Die Mitte und ein Teil des rechten Sektors in Parlament und öffentlichem Leben war von der Christdemokratischen Partei beherrscht. Sie ist in einem konfessionell einheitlichen Lande wie Italien auch konfessionell gebunden. Ihre Verbindung zur Kirche ist so eng wie sonst nirgends in Europa, was keine Uniformität in sozialer Struktur und noch weniger in den politischen Zielsetzungen bedeutet. Durch viele Jahre unterlag sie, nicht zuletzt durch ihre starke Frontstellung gegenüber den Kommunisten, starken Einflüssen von rechts, von überalterten Oligarchien des Südens und Unternehmerverbänden. Die eigentliche Rechte zersplitterte sich in monarchistische -Gruppen (die, dem deutschen BHE ähnlich, aussterben), in Liberale und neofaschistische MSI.

Im sozialistischen Bereich wirkte auch in dieser Nachkriegszeit eine ideologisch in der Zeit vor Mussolini verankerte Richtung, die man den *Maximalismus* nennt. Die Maximalisten der zwanziger Jahre wollten der Kommunistischen Internationale eigentlich beitreten, taten es aber dann doch nicht. Sie schienen in den vierziger Jahren nach dem Fall des Faschismus bereit zu sein, sich den Kommunisten bei- und unterzuordnen, ihnen auf jeden Fall widerspruchslos im „Volksblock“ auf gemeinsamen Parlamentslisten zu folgen. Es war dies die Fortsetzung eines Pakts der Aktionseinheit der sozialistischen und kommunistischen Emigranten aus dem Jahre 1934. Der Partisanenkampf gegen die deutsche Besetzung nach dem Staatsstreich des Marschalls *Badoglio* gab für diese Einheitsfronttaktik den Hintergrund einer weitverbreiteten Volksstimmung ab. Mit zunächst geringem Erfolg trennten sich im Jahre 1947 *Giuseppe Saragat* und einige seiner Freunde von der Sozialistischen Partei. Die von ihm gegründete Demokratische Sozialistische Partei wechselte einige Male ihren Namen und war für Jahre durch Richtungskämpfe beinahe paralysiert. Der ruhende Pol in dieser Erscheinungen Flucht war Saragat selbst. Seit einigen Jahren hat sich seine Partei konsolidiert. In den Wahlen vom 28. April 1963 hat die Sozialdemokratische Partei bemerkenswerte Erfolge erzielt. Sie nimmt in der neuen Konstellation eine Schlüsselposition ein und das Wort „sozialdemokratisch“ ist ein politischer Begriff in Italien geworden.

Der italienischen Gewohnheit, daß Parteien in eigenständig organisierte Gruppen zerfallen, ist auch die Christdemokratische Partei nicht entgangen. Es gibt einen sehr links orientierten Flügel, dessen Exponent *Fanfani* ist, einen gemäßigt linken Flügel mit *Moro* an der Spitze und dann noch Gruppen in der Mitte und weiter rechts, schon in der Nähe der Neofaschisten. In den letzten Jahren hat sich die Linke bei den Christdemokraten weitgehend durchgesetzt, zuletzt auf dem bewegten Parteitag in Neapel. Ihm folgte die vielerörterte „Öffnung nach links“. Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dr. *Richard Jäger*, sagte vor kurzem von ihr¹⁾, Fanfani habe „den moralischen Ausverkauf der Christlichen Demokraten Italiens“ eingeleitet. Die christliche Demokratie Italiens habe zudem „den Kurs aller übrigen christlich-demokratischen Parteien des freien Europas verlassen“. Er wirft den italienischen Christdemokraten vor, sie betrieben eine Politik, die keine Politik christlicher Demokraten sein könne, eine Politik der Verstaatlichung, der Bekämpfung des Eigentums und der Anpassung an den Neutralismus. Ja, und überhaupt, man könne doch nicht Halbkommunisten den Liberalen vorziehen.

Damit wird auf das — allerdings sehr komplexe — Problem der Sozialistischen Partei, die von *Pietro Nenni* geführt wird, angespielt. Auch diese Partei hat ihre Flügel, man könnte beinahe sagen Untergliederungen. Die enge Verbindung zu den Kommunisten hat durch den Aufstand der ungarischen Arbeiter gegen die kommunistische Herrschaft 1956 stark gelitten. Es entstanden zwei Richtungen. Diejenigen, die den Einsatz

1) „Die Stimme der CSU“ in der Kolumne „Die Vizepräsidenten des Bundestages schreiben in der AZ“, Abendzeitung, München) 9. März 1963.

russischer Panzer (carri armati auf italienisch) in Ungarn befürworteten, sich also die kommunistischen Thesen von der angeblichen „Gegenrevolution“ zu eigen machten, bekamen im politischen Sprachgebrauch den Spitznamen „Carristi“; sie bilden heute eine starke, aber seit vorigem Jahr in die Defensive gedrückte Minderheit in der Sozialistischen Partei. Nennis Politik, der Öffnung nach links entgegenzukommen und die Politik der Koalition der Linken Mitte ohne Regierungsbeteiligung zu unterstützen, bedeutet steten Kampf innerhalb seiner eigenen Partei. Bei den Christdemokraten waren die ausgesprochenen Gegner der Linken Mitte weit schwächer. Aber beide Parteien gingen innerlich uneinig in den Wahlkampf. Die Christdemokraten verloren ein wenig an die Liberalen, die Nenni-Sozialisten an die Kommunisten und auch an die Sozialdemokraten. Allerdings ist dies gebietsmäßig außerordentlich verschieden. Es gibt auch Wahlkreise, in denen beide sozialistische Parteien zu Lasten der KPI gewonnen haben. Andererseits ist es keineswegs so, daß die Kommunisten etwa die Arbeiter mit den geringsten Einkommen mobilisierten. Im Gegenteil, sie hatten gerade in den besser entwickelten Gegenden mit höherem Lebensstandard Erfolge, auch unter Bauern und bei den Mittelschichten. Die Dogmatik ihres Parteitagess im vergangenen November, die eine Art russisch-chinesische Auseinandersetzung darstellte, war nicht das Thema ihres, jedem Wunsch gerecht werdenden Wahlkampfes, in dem sie sich sozusagen bemühten, für jeden Topf einen Deckel zu finden.

Es gibt auch Kommentatoren, die da meinen, die politischen Reformbestrebungen im Vatikan hätten der KPI genützt, man habe ihr sozusagen den Geruch des Teuflich-Verdammten genommen und sie so den katholischen Wählern genehmer gemacht. Zweifelsohne wußte die kommunistische Hierarchie von dem Besuch des Schwiegersohns Chruschtschows im Vatikan; ob dies aber auf unentschlossene Wählerschichten derart Eindruck gemacht, daß sie sich nun für die Kommunisten entschieden, darf wohl füglich bezweifelt werden. Ihre Chance lag in der Tatsache, daß zwei der Parteien der Linken Mitte in den eigenen Reihen Gegner dieser Politik hatten und infolgedessen in ihrer Stellung im Wahlkampf behindert waren. Bezeichnend hierfür ist die Abstimmung im Zentralkomitee der Sozialistischen Partei Nennis am 20. Mai 1963: Mit nur 44 Stimmen gegen immerhin 35 — bei einer Enthaltung — setzte Nenni eine EntschlieÙung durch, in der die Unterstützung einer Regierung der Linken Mitte neuerdings bejaht wird. Es geht also nicht um eine Allianz der Christdemokraten mit „Halbkommunisten“, wie Dr. R. Jäger meint, sondern um einen Klärungsprozeß in den Reihen der Nenni-Sozialisten. Dies gilt auch für die Auseinandersetzungen, die bei der Regierungsbildung in letzter Minute bei ihrem autonomistischen Flügel auftraten. Sieben von 38 der autonomistischen (autonom von den Kommunisten) Mitglieder des Zentralkomitees machten Einwendungen gegen das Regierungsprogramm, dem Nenni zugestimmt hatte. Damit ist das Kräfteverhältnis der beiden Flügel in dieser Partei verschoben. Die Zustimmung Nennis zum Regierungsprogramm des Abg. Moro konnte nicht bestätigt werden. Es wurde eine geschäftsführende Regierung *Leone* gebildet, die vor allem den Haushalt zu verabschieden hat. Ungeachtet dieser Lage betonten die Sozialdemokraten, es gäbe in Italien derzeit keine Alternative zur Politik der Linken Mitte.

Der Komplex des kirchlichen Einflusses auf das politische Leben Italiens in Wechselwirkung mit einem in allen Schichten verbreiteten, oftmals heftigen Antiklerikalismus ist nicht ohne weiteres feststellbar. Alle politischen Parteien außerhalb der Christdemokraten nennen sich selbst „weltliche“ Parteien. Sie rühren aber nicht an gewisse katholische Tabus, etwa die Ehescheidung. Dies aber hindert das italienische Kinopublikum z. B. nicht, den bekannten Film „Scheidung auf italienisch“ in humorvoller Selbstverspottung zu beklatschen. Jenseits der Parteigrenzen teilt sich die Wählerschaft eben in zwei Lager, ein katholisches und ein weltliches. Damit ist nicht gesagt, daß in

antiklerikal gestimmten Kreisen ausgerechnet die Kommunisten den Vorzug genießen. Politisch einigermaßen versierte Menschen erinnern sich durchaus daran, daß die KPI bei der Beratung der Verfassung für die Bestätigung des Konkordats, das Mussolini mit dem Heiligen Stuhl abgeschlossen hatte, stimmte. Auf dem Gebiet des taktischen Opportunismus waren die Kommunisten — nicht nur in Italien — noch nie zu schlagen.

Wenn man daher die sonderbare Konstellation in Rechnung stellt, in der zwei starke politische Parteien gegen ihre Minderheiten die Linke Mitte vertraten, so muß man sagen, daß die Wahl vom 28. April diese Politik bestätigt hat. Die neugewählten christdemokratischen Fraktionen in Parlament und Senat haben sich ziemlich einhellig für eine Fortführung dieser Politik ausgesprochen, die Rechte unter *Scelba* als mögliches Experiment, die christlichen Gewerkschafter als nicht mehr umzustößende Entscheidung und die linken Gruppen als Bestätigung der bisher verfolgten Politik.

Worin besteht aber nun eigentlich diese Politik der Linken Mitte? Man kann ihr weitgehendes Programm auf den Grundnenner der notwendigen Reformen bringen, die der raschen industriellen Entwicklung Italiens entspricht. Diese Reformen sind allerdings auch von der Mehrheit der Christdemokraten noch nie als Bekenntnis zur rein privatwirtschaftlichen Ausrichtung ihrer Politik angesehen worden. Im Gegenteil, nicht erst seit heute und gestern haben sie den Ausbau der nicht geringen staatseigenen Wirtschaftsunternehmungen sowie die Planung der Entwicklungsgebiete im Süden durch staatliche Initiative verfochten. Die Nationalisierung der Elektroindustrie, die derzeit durchgeführt wird, hat bei den Liberalen und außerhalb des Parlaments Widerstand gefunden, nicht aber bei der übergroßen Mehrheit der Christdemokraten. Man ist gewillt, den *Wohlfahrtsstaat* auszubauen, die *gernischtwirtschaftliche Planung* voranzutreiben und die vieldiskutierte Aufteilung der staatlichen Verwaltung in Selbstverwaltungskörper, *Regionen* genannt, nunmehr durchzuführen.

Hier allerdings ist die treibende Kraft bei den Sozialdemokraten und Sozialisten zu suchen. Diese Regionen sind seit 1947 in der republikanischen Verfassung vorgesehen. Konservative Einflüsse haben ihre Verwirklichung verhindert, teilweise war es wohl auch die Befürchtung, die Sozialisten würden mit den Kommunisten einen Teil dieser neuen Selbstverwaltung in einzelnen Gegenden monopolartig beherrschen. Mit dem Erstarren der sogenannten Autonomisten in der Sozialistischen Partei — autonom von der KPI — haben sich diese Bedenken etwas verringert. Dennoch sind die Auffassungen bei den Christdemokraten noch recht schwankend, auf der Linken aber eindeutig auf baldige Verwirklichung dieser Regionen gerichtet. Es gibt dabei zwei Kategorien, die Regionen mit Sonderstatut, die bereits existieren; Friaul und Julisches Venetien, Trentin-Südtirol, Sardinien, Val d'Aosta und Sizilien. Was geschaffen werden soll, sind die Regionen ohne autonome Sonderrechte, die den überzentralisierten Staatsapparat dezentralisieren und die Selbstverwaltung zur Grundlage des italienischen Staates machen werden.

Die Linke Mitte ist nicht nur rechnerisch im Parlament, sie ist auch politisch ohne Alternative, denn sie allein bedeutet die dynamische Fortentwicklung des neuen und modernen Italien der sechziger Jahre.

LUDWIG ROSENBERG

Die Gewerkschaften waren niemals stärker als in jenen Zeiten, in denen heiß um den rechten Weg gerungen wurde und in denen man allerdings auch nicht daran zweifelte, daß jeder, der ehrlich seine Meinung sagte — auch wenn sie nicht jedem faßt —, mindestens ein so guter und zuverlässiger und braver Kollege ist wie jeder andere.